

SPD-Obmann gab Einblicke in die Arbeit des NSA-Ausschusses

Wenn Agent „Dr. P.“ aussagt

NÜRNBERG – Geheimdienste sind in den Augen vieler Menschen dunkle Mächte, die zwar für Sicherheit sorgen, aber zugleich undurchdringbar und unkontrollierbar sind. Diese Wahrnehmung hat sich spätestens seit dem NSA-Abhörskandal bestätigt.

Und wer kann über die Thematik spannender berichten als ein Mann, der im Untersuchungsausschuss mit anderen Politikern den Fragen nachgeht: Was erschnüffelte die National Security Agency (NSA) hierzulande? Was hat sich der Bundesnachrichtendienst (BND) zu Schulden kommen lassen? Und was muss sich ändern? Christian Flisek, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Passau, fungiert im NSA-Ausschuss als Obmann seiner Partei und gewährte im Nürnberger Presseclub Einblicke in seine Arbeit.

Geheimdienste, so erläutert Flisek vorab, operierten früher „im Graubereich, sozusagen unter dem Radarschirm“ und sind erst im Zeitalter moderner Medien stärker in die Öffentlichkeit gerückt. Das gilt auch für den BND. Dabei seien sich fast alle Fraktionen im Bundestag (mit Ausnahme der Linken) einig, dass es auch hierzulande Geheimdienste geben müsse. Dass durch ihre Arbeit schon Anschläge verhindert wurden, legitimiert sie.

Völkerrechtlich, so erklärt Flisek, gebe es kein Verbot der Spionage. Das Problem sei nur, dass sich alle Staaten mit ihrem eigenen Strafrecht gegen fremde Ausspähungen wehrten. Für den SPD-Politiker ist überhaupt nicht schlüssig, dass auch innerhalb der Europäischen Union geheimdienstliche Aktivitäten stattfinden – trotz gemeinsamer Währung und eines Binnenmarktes. „Wir wären bereit, in Vorleistung zu treten und alle EU-Bürger zu schützen“, so Flisek. Die Kanzlerin habe bislang zum



„Es sind Dinge passiert, die durften nicht passieren“, sagt der SPD-Obmann des NSA-Ausschusses, Christian Flisek, über die Arbeit des BND. Foto: dpa

ganzen Thema nur einen Satz gesagt: „Ausspähungen unter Freunden geht gar nicht.“ Dabei müsse sie doch wissen, dass dies zum „Alltagsgeschäft“ gehört.

Seit 2014 ist der NSA-Ausschuss bereits tätig, dessen Prozedere sich übrigens nach der Strafprozessordnung richtet. 1,5 Millionen Seiten Akten haben sich angehäuft, 100 Zeugen wurden gehört, darunter Agenten, die nicht einmal ihren Familien erzählten, wo sie arbeiten. Dass das Ganze in einem öffentlichen Ausschuss geschehe, ist laut Flisek problematisch. Statt Klarnamen zu verwenden heißen die Befragten „Dr. T.“ oder „P.B.“

– und niemand wisse, mit wem man es zu tun hat. Auch seien viele Zeugen nicht glaubwürdig. „Man wird irre und es macht keinen Spaß, das Zeug auszuwerten“, sagt Flisek.

Dem SPD-Obmann bietet sich bislang folgendes Bild: Dem BND sei „Organisationsversagen“ vorzuwerfen, weil es vorgekommen sei, dass wichtige Erkenntnisse und Informationen nie an das Bundeskanzleramt als Kontrollbehörde weitergeleitet wurden. Überhaupt sei die Aufsicht „mangelhaft“, was auch an der Personalpraxis liege. So wechselten ehemalige BND-Mitglieder, nicht selten Menschen mit Bundeswehr-Background, in die Kontrollbehörde und umgekehrt.

Am Ende der Wahlperiode lege ein Untersuchungsausschuss normalerweise einen Bericht vor. Die SPD habe sich aber dazu entschlossen, schon vorab ein Eckpunktepapier auf den Weg zu bringen. Darin wird unter anderem die Stärkung des Kontrollgremiums gefordert werden. Auch soll eine Anlaufstelle für Whistleblower kommen.

Flisek bedauert, dass der im russischen Exil lebende Edward Snowden bislang dem Ausschuss jede Kooperation verwehrt hat und nicht einmal zu einer Videokonferenz bereit sei, obwohl er sich ansonsten international durchaus einschalte. Das liege wohl daran, dass es sich Snowden nicht noch mehr mit den Amerikanern verscherzen wolle. Susanne Stemmler